

Autokraten gegen Demokraten

Autor(en): **Farwick, Dieter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **94 (2019)**

Heft 4

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-868426>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Autokraten gegen Demokraten

Autokratien und Demokratien stehen sich als Rivalen im Kampf um den Rückhalt in der eigenen Bevölkerung und um Anteile am Weltmarkt gegenüber – und das weltweit!

Von unserem Deutschland-Korrespondenten Brigadegeneral Dieter Farwick

Der Untergang der Sowjetunion und die Auflösung des Warschau-Paktes ergaben tektonische Verschiebungen, die sich bis heute auswirken. Das gilt besonders für Russland. Für Putin war der Zusammenbruch der Sowjetunion die grösste geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts.

Unsägliche Friedensdividende

Ehemalige Verbündete traten wegen deren Attraktivität und Sicherheitsgarantie sogar in die NATO ein, die jedoch in den Folgejahren einen Prozess der inneren Erosion zu verzeichnen hatte. Ihr fehlte die äussere Bedrohung als Kitt.

Daher forderten viele Menschen in den europäischen Staaten die unsägliche Friedensdividende, die sie bekamen: Kürzungen der Verteidigungshaushalte, Trup-

penreduzierungen um etwa 50% und die «Aussetzung» der Wehrpflicht in Deutschland – im Gegensatz zur Schweiz und Österreich. Schweden hat die Wehrpflicht wieder eingeführt – mit Blick auf Russland.

Gespaltenes Europa

Die Begründung lautete damals, man sei «von Freunden umzingelt». Heute wird in Deutschland diskutiert, die allgemeine Wehrpflicht wieder im Rahmen einer Allgemeinen Dienstpflicht für Frauen und Männer zu aktivieren. So schnell ändern sich die Zeiten! Europa ist in mehrere Gruppierungen gespalten. Es spricht politisch nicht mit einer Stimme. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und während der nationalen Befreiungskriege galt die Demokratie als Gütesiegel. Freie, demo-

kratische Wahlen wurden zu Eintrittskarten in die freie, demokratische Welt.

Welt in Unordnung

Man übersah dabei, dass vielerorts die alten Machtstrukturen die freien, demokratischen Wahlen als Gewinner oder Nutzniesser überstanden und jeden echten demokratischen Fortschritt verhinderten.

In der Summe aller globalen Konflikte stellt sich die sicherheitspolitische Welt als eine Welt in Unordnung dar.

Die Strahlkraft der Demokratien hat weltweit nachgelassen. Die wirtschaftlichen und machtpolitischen Erfolge der Autokraten bringen diesen nicht nur in der eigenen Bevölkerung breite Zustimmung.

Die Kurzformel der Autokraten lautet: «Effizienz gegen universelle Werte». Bertold Brecht drückte es in der Dreigroschenoper drastischer aus: «Erst kommt das Fressen, dann die Moral.» Der Wettkampf der beiden Systeme wird zu wenig als konfliktträchtig wahrgenommen.

Er wird die Weltordnung in naher Zukunft verändern. Alte Allianzen werden aufgeweicht oder gar verschwinden, neue Allianzen werden neue Kraftfelder entstehen lassen. Wie lange trägt wirtschaftliche und politische Effizienz die Autokratien – ohne Schutz der universellen Werte?

Kann der Schutz dieser Werte in Demokratien trotz wirtschaftlicher Schwächen und dem Vertrauensverlust von Regierungen aufrecht erhalten oder gar ausgebaut werden? Sind die universellen Werte etwas, wofür sich das Kämpfen lohnt?

Autokraten auf dem Vormarsch

China, Russland und die Türkei sind die Autokratien, die auf der Weltbühne die prominentesten und dynamischsten Beispiele bieten.

Wenn man auf einer Weltkarte Autokratien und Demokratien auf der Zeitachse der letzten 50 Jahre farblich kennzeichnen würde, würde man den Vormarsch der Autokratien deutlich erkennen. Allerdings gibt es unter den 50 gescheiterten Staaten viele Autokratien, die zu den Verlierern zählen. «Erfolgreiche» Autokratien weisen ge-



2014: Besetzung der Krim. Die «kleinen grünen Männchen» waren Elitetruppen.

meinsame Merkmale auf - neben einigen nationalen Facetten, die geopolitische und daraus resultierende geostrategische Ursachen haben. Sie haben auch unterschiedliche aussen- und innenpolitische Ambitionen - bei unterschiedlichen machtpolitischen Potenzialen. Die Gemeinsamkeiten:

- Ein-Personen-/Ein-Parteiherrschaft
- Durchregieren von der Spitze bis auf unterste Ebenen: die vertikale Macht
- Gleichschaltung der Medien, Unterdrückung der freien Meinungsäusserung, der Presse- und Religionsfreiheit
- Abhängigkeit der Justiz und keine fairen, freie Wahlen
- Es herrscht harte Repression: eine Vermeidung des Begriffs Gefängnis.

China am gefährlichsten

Der rasante Aufstieg Chinas ist mit einem Namen verbunden - Xi Jinping. Er vereint alle Machtpositionen in seiner Hand:

- Parteichef der Kommunistischen Partei Chinas unbegrenzt
- Unbegrenzt Chef Militärkommission
- Auf Lebenszeit Staatspräsident.

Er hat die Scheu von früheren chinesischen Führern abgelegt, offen über die Ziele chinesischer Politik zu sprechen. Zur Verwirklichung des chinesischen Traumes strebt er ein wirtschaftliches und militärisches China an, das eine grosse Rolle in der Welt spielt. Eine klare Kampfansage!

Neues Geschäftsmodell

Die Mittel dazu soll die Strategie *One belt, one road* liefern: ein gigantisches Projekt, das 50-70 Staaten verbinden soll.

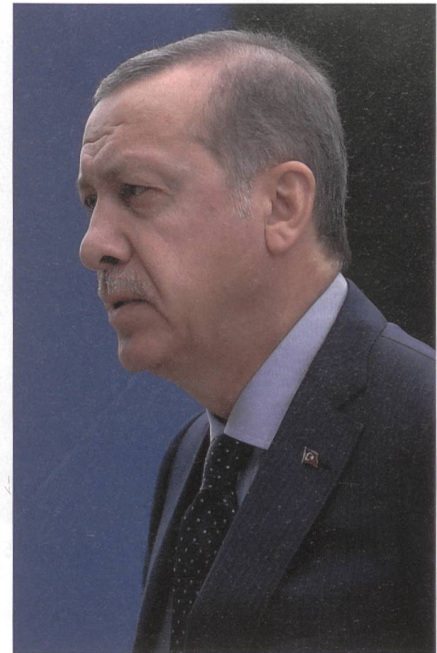
- Es soll mit Investitionen aus den Ländern finanziert werden - ohne deren Mitsprache über die Verwendung der Mittel: Ein neues Geschäftsmodell!
- China vergibt Darlehen zu marktüblichen Konditionen: in der Erwartung, dass diese Länder mittelfristig die Schuldzinsen nicht bezahlen können. Für den Ausfall der Zinszahlungen erhält China das Objekt.
- Der überwiegende Teil der Baumaassnahmen in Höhe von rund 80% wird chinesischen Firmen übergeben. Die Gesamtkosten werden auf einige Trillionen Dollar geschätzt.
- Neue Verkehrswege zu Lande, im Wasser und in der Luft sollen China mit Europa verbinden. Der Binnenhafen von Duisburg soll zum grössten europäischen Umschlagshafen chinesischer Produkte ausgebaut werden. Bereits 2018 erreichen täglich Güterzüge aus China den Duisburger Hafen.

Volk bezahlt hohen Preis

Eine besondere Rolle in den Planungen spielt die westliche Provinz Xinjiang. Vordergründig soll der Tourismus gefördert werden. Tatsächlich soll der Zugriff auf die unruhige Provinz verstärkt werden durch eine schnelle Verlegung von Streitkräften aus Zentralchina.

Xi Jinping spielt auch die nationale Karte und fördert die Lehre von Konfuzius. Als Zwischenziel gilt das Jahr 2025, bis zu dem China in zehn Säulen der Schlüsseltechnologien eine starke Macht sein will.

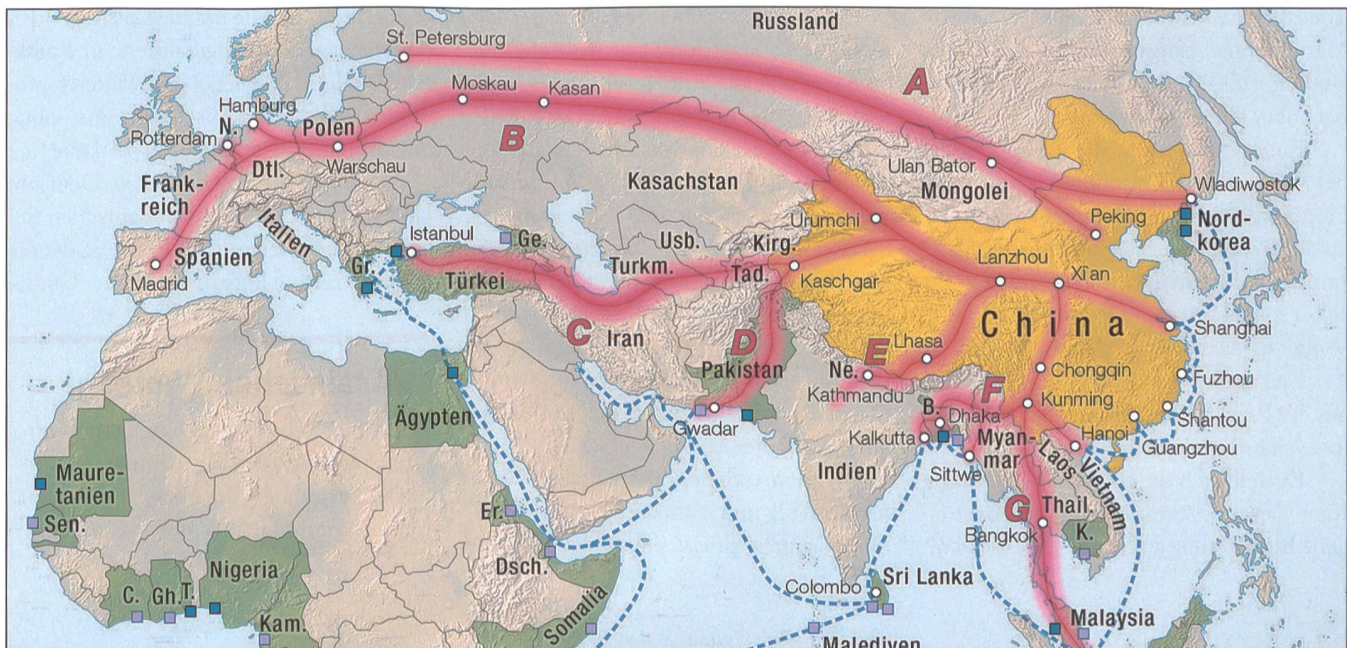
So weit, so gut.



Der Autokrat und «Sultan» Erdogan.

Doch die chinesische Bevölkerung zahlt für diese ambitionierte Politik einen Preis. China ist auf dem Wege zum totalen Überwachungsstaat weit vorangekommen. Die rund 800 Millionen Internetnutzer liefern dem Staat und seinen Geheimdiensten viele Informationen über ihr Leben, die mit Hilfe der künstlichen Intelligenz nicht nur gesammelt, sondern schnell und umfassend ausgewertet werden.

Ein Ergebnis ist ein Personenerkennungssystem, das in Sekunden die von zahllosen Kameras aufgenommenen Bilder in die Erkennung der Person umsetzt. So gilt die westliche Provinz Xinjian, in der Uiguren Widerstand gegen die Zentralmacht



Chinas Weg und Expansion in den Westen. Das Projekt «Ein Gürtel, eine Route» - genannt auch die neue Seidenstrasse.



Philippinisches Meer: USS Green Bay, USNS Walter S. Diehl und USS Ashland werden von MH-60S-Seahawk-Heli versorgt.

leisten, als Paradebeispiel. Dort funktioniert die totale Überwachung. Hunderttausende von Uiguren sollen in « Umerziehungslagern » ohne Gerichtsurteil eingesperrt sein. Die Provinz Xinjiang dient als Blaupause für das gesamte China.

Eine makabre Erfindung ist ein Punktekonto für jeden Bürger. Auf dem Konto, das mit 100 Punkten startet, werden die guten, aber auch die schlechten Leistungen festgehalten und ausgewertet. Es entscheidet über Reisen mit den superschnellen Fernzügen, über Erfolge oder Misserfolg im Beruf oder in der Partei. Unter 60 Punkten gilt der Bürger als gefährlich.

Mit und ohne Urteil

«Dissidente», also Oppositionelle, werden mit oder ohne Gerichtsurteil ins Gefängnis oder in die bereits erwähnten Umerziehungslager gesteckt. Im Extremfall wird die Todesstrafe vollstreckt. Nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen soll China jährlich 1000 Todesurteile vollstrecken – bei hoher Dunkelziffer.

Eine besondere Waffe Xi Jinpings ist der Vorwurf der Korruption. Es trifft hohe Parteifunktionäre und Wirtschaftsführer, zu denen auch Menschen gehören, die Xi Jinping als für ihn gefährlich einschätzt. Er selbst soll mehrfacher Dollarmillionär sein. Woher hat er dieses Vermögen? In der letzten Zeit mehren sich kritische Stimmen aus der Partei wegen seines Personenkultes und seines Führungsstils.

Es stellt sich die entscheidende Frage: Kann dieses System die Politik gegen die eigene Bevölkerung auf Dauer durchsetzen?

China besitzt keine Attraktivität für Ausländer, weder für Studenten noch für Fachkräfte. Eine Ausnahme bilden ausländische Firmen, die wegen der niedrigen Produktionskosten in China bleiben.

China hat nicht nur ein Problem mit den Uiguren, sondern auch mit den Tibetern. Hinzu kommt sein Anspruch, dass Taiwan als Provinz zu China gehört.

Aggressive Politik

In den ost- und südchinesischen Meeren, die von China als chinesische Binnenmeere beansprucht werden, setzt China seine aggressive Politik fort.

Es schüttert weiterhin Inseln künstlich auf und baut auf ihnen militärische Einrichtungen. Diese Aktivitäten haben negative Effekte bei den Anrainerstaaten. Unter dem Schutz der USA verstärken sie ihre militärische Zusammenarbeit.

Diskussionen über den Wert der Demokratie als Staatsform wurden von Churchill beendet, der 1947 ausführte: «Demokratie ist die schlechteste aller Staatsformen, abgesehen von all den anderen Formen, die von Zeit zu Zeit ausprobiert wurden.» Schluss mit der Diskussion!

Zu Churchills Zeit stimmte diese Aussage. Gilt sie auch noch heute? Die Menschen, denen es in effizienten Autokratien gut geht, beantworten die Frage anders. Der Ruf nach dem starken Mann wird in Demokratien laut, wenn die Leistungen demokratischer Führer nachlassen.

Warum verlieren Demokratien Rückhalt im Volk und Attraktivität im Ausland? Die von dem amerikanischen Politologen

Joseph S. Nye propagierte kluge Politik von «smart power», beruhend auf «hard» und «soft power», geriet in etlichen westlichen Demokratien in Vergessenheit.

Die Entscheidung dauert in Demokratien deutlich länger, auch durch eine ausufernde Bürokratie. Schwache Regierungen wollen jeden Bürger mitnehmen.

In Autokratien sind die Wege bis zur Entscheidung schneller und kürzer, sie unterliegen keiner Kontrolle durch die Medien oder Parlamente oder gar der Justiz.

Die Schweiz und Norwegen

Der Verfasser beschränkt seinen Kommentar auf Deutschland, das er gut beurteilen kann. Er weiss, dass es in Europa Demokratien gibt, die überall ein hohes Ansehen geniessen – so die Schweiz und Norwegen.

Wahlen in der jüngsten Vergangenheit zeigen einen für die Demokratien gefährlichen Trend auf: Die früher staatstragenden Parteien werden marginalisiert, in Frankreich, Italien, Spanien. Neue Parteien profitieren von diesem Ansehensverlust, ohne mit eigener Programmatik zu punkten.

Gemäss Umfragen sind in Deutschland 74% mit der Arbeit der deutschen Regierung unzufrieden. Die Parteien, die die grosse Koalition bilden, landen bei Umfra-

«Arabischer Winter»

Das Überleben von Diktaturen kennzeichnet auch den sogenannten «Arabischen Frühling», der ohne Übergang in einen «Arabischen Winter» mutierte.



Archivbilder

Stützpunkt Futenma des US Marine Corps auf der Insel Okinawa. Japan und die USA schlossen 1960 ein Verteidigungsbündnis.

gen unter 50%. Wenn man diese Zahlen auf die Wahlbeteiligung umrechnet, werden diese Parteien nur noch von einem Viertel oder Drittel der Bevölkerung gewählt. Sind das noch Volksparteien?

Es fehlt an Leadership

In den etablierten Parteien kommt nur nach oben, wer über den notwendigen «Stallgeruch» verfügt. Seiteneinsteiger sind unerwünscht.

Die Kanzlerin und ehemalige CDU-Parteichefin führt nicht, sie moderiert. Die Minister aus drei Parteien verfolgen in erster Linie deren Interessen. Merkels Richtlinienkompetenz hat sie in 13 Jahren nur einmal angewandt oder angedroht.

Entscheidungen werden nicht durch intensive Beratungen in der Partei oder dem Parlament vorbereitet, sondern aus dem hohlen Bauch getroffen.

- So geschehen 2010 beim Bruch des Maastricht-Vertrages,
- so 2011 bei der Entscheidung zur Abschaltung der Kernkraftwerke bis 2022 als Folge der Naturkatastrophe von Fukushima, bei der es keinen Toten durch Nuklearenergie gab,
- bei der Aussetzung der Wehrpflicht,
- bei Merkels einsamer Entscheidung

am 4. September 2015, die deutschen Grenzen für Asylbewerber zu öffnen.

Polizei überfordert

Polizei und Behörden waren überfordert in der Registrierung und in der Aufnahme in überfüllte Notunterkünften.

Die Folgen der genannten Entscheidungen werden Deutschland und sein Volk noch Jahre finanziell, wirtschaftlich und kulturell belasten.

Es waren viele Ministerien und Behörden zuständig, aber keines hatte die volle Verantwortung. Und kaum einer wurde zur Verantwortung gezogen. Das beste, aber erschreckende Beispiel ist der Fall Amri, der zum Tod von zwölf Menschen führte.

Das Regierungs- und Behördenversagen leistet einen wesentlichen Beitrag zu der Politikverdrossenheit in Deutschland. Welcher qualifizierte, leistungsbereite junge Mensch verlässt seine gute Anstellung in der Industrie oder in der Wirtschaft, um Politiker zu werden?

China, Russland, Türkei

Es macht nur der Politik, der so materiellen Aufstieg erwartet. Die Listen der Nebeneinkünfte von Politikern im Bund und in Europa führen zu der Frage, wie engagiert

sie ihre Hauptaufgabe wahrnehmen. Viele Arbeitnehmer in Deutschland wären froh, wenn sie die erwähnten Nebeneinkünfte als einzige Einkünfte in der Ausübung ihres Berufes hätten.

Wie geht es weiter im Kampf der Systeme? Natürlich können Autokratien und Demokratien nebeneinander daherleben, solange sie auf eine aggressive Aussenpolitik verzichten und den Status quo bestehender Grenzen akzeptieren.

Das ist jedoch bei den drei grössten Autokratien China, Russland und der Türkei nicht zu erwarten.

Sie wollen ihre Macht exportieren – im Falle der Türkei mit Hilfe des politischen Islam, den die beiden anderen Autokratien als Bedrohung einstufen. Russland führt einen blutigen Krieg in Syrien.

Die Annexion der Krim

Die völkerrechtswidrige Annexion der Krim zeigt Putins Bereitschaft, Grenzen zu verändern, wenn das Risiko kalkulierbar ist.

In Demokratien muss die Macht vom Volke ausgehen. Das Volk ist der Souverän, der Mandate auf Zeit vergibt. Wenn das nicht mehr funktioniert, kann und wird der Souverän Politikern das Mandat entziehen, was bei Wahlen geschehen ist. ■

UNO gelähmt

Die UNO ist politisch weitestgehend gelähmt. Dringend notwendige Reformen scheitern an zahlreichen Partikularinteressen.

Ohne Legimation

Sogenannte NGO – Nicht-Regierungsorganisationen – mischen sich verhängnisvoll ohne demokratische Legitimation in die grosse Politik ein.

Berlin im Blindflug

Noch heute weiss die Regierung nicht, wie viele «Flüchtlinge» auf die Registrierung verzichteten und in Deutschland leben – und wovon?